

Ulrike Minkner, Vizepräsidentin Allianz für Ernährungssouveränität
Bäuerinnen von Uniterre und La Via Campesina:

Wir Bäuerinnen sind besorgt.

Die bäuerliche Landwirtschaft hier in der Schweiz, aber auch in Europa und den Ländern des Südens wird nach und nach zerstört.

Wir warten nicht länger auf die Lösungen des Bundes, sondern wir fordern Ernährungssouveränität.

Wir wollen keine Lebensmittelimporte mehr, die anderswo ökologische Katastrophen auslösen oder unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Wir Frauen stehen ein für Gesundheit und für eine gesunde Ernährung, Voraussetzung dafür sind gesunde Böden und gesunde Tiere.

Wir wollen die Politik durch die Initiative zum Umdenken bewegen und das grundlegend:

Wir alle kennen die Probleme bezüglich des Klimas, der Vernichtung von gutem Ackerboden und Weiden, wir wissen um die Krisen und Kriege, die Menschen zur Flucht zwingen. Deshalb ist nicht nur die Menge an Nahrungsmitteln ausschlaggebend, sondern auch deren Qualität. Sie zeigt sich im Entstehungsprozess vom Acker bis auf den Teller. **Sie zeigt sich darin**, dass die Menschen ein ausreichendes Einkommen mit ihrer Arbeit erreichen, dass die Böden nicht verseucht werden, dass keine Ressourcen verschwendet werden und dass Wertschätzung in allen Bereichen besteht.

Frauen hier und überall sonst auf der Welt haben einen sehr schlechten Zugang zu Land.

In der Schweiz werden gerade knapp 6 % der Höfe von Frauen geführt.

Wir verlangen auch hier ein Umdenken.

Wir wollen nicht immer mehr, immer grössere Maschinen, welche einzig zu einem immer grösserem Energiekonsum führen. Wir wollen nicht, dass immer teurere Maschinen unsere Arbeit ersetzen, denn den Kredit dafür müssen wir selber stemmen. Wir wollen auch nicht immer grössere Höfe, denn die Überbelastung wächst mit. Wir sind nicht nur dagegen, weil dadurch unsere finanziellen Belastungen immer grösser werden und wir dadurch in immer grössere Abhängigkeiten geraten, sondern weil es nicht zukunftstauglich ist. Bereits ist 50% des Kapitals der Bauernhöfe geliehenes Geld. Diese Schulden tragen wir Frauen mit, deshalb fordern wir ein Umdenken. Denn wenn die Höfe am Schluss den Banken gehören, ist die bäuerliche Landwirtschaft am Ende.

Wir erwarten deshalb, dass der Bund den Rahmen so setzt, dass die Schweizer Landwirtschaft nicht dem Weltmarkt geopfert wird, sondern eigenständig und lokal das produzieren kann, was hier möglich und sinnvoll ist.

Die Initiative fordert die Stärkung der regionalen Strukturen

Gute lokale Strukturen kreieren Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten für Frauen und Männer und damit die soziale Absicherung in den Regionen. So kann auch der Abwanderung der jungen Menschen in die Städte und der Arbeitslosigkeit auf dem Land Einhalt geboten werden. Die heutige Agrarpolitik diskriminiert die kleineren Höfe. Damit werden Frauen vermehrt in prekäre Arbeitssituationen gedrängt. Dies ist auch auf den hoch verschuldeten grossen Betrieben der Fall. Häufig arbeiten Frauen schlechter bezahlt in Teilzeitstellen oder arbeiten auf Abruf. Direktvermarktung und starke regionale Strukturen wie Mühlen, Metzgereien, Bäckereien, Schreinereien sowie andere Kleingewerbe erlauben uns die Wertvermehrung in der Region zu halten. So bleiben die Regionen attraktiv und Schulen, Poststellen und lokale Behörden können in der Nähe gehalten werden. Das ist für uns eine grosse Entlastung und gibt uns Freiheiten. Z.B. Kinderbetreuung ist nicht mehr nur Aufgabe der Frauen,

Tagesbetreuungsstätten würden eröffnet, Geburtskliniken würden nicht geschlossen und die medizinische Betreuung für Menschen, die diese benötigen, würde nicht privatisiert.

Arbeitsplätze bleiben in der Region und damit werden neue Möglichkeiten auch für junge Menschen geschaffen.

Viele Agro-Multis und multinationale Konzerne haben den Haupt-Sitz in der Schweiz.

Anstatt diese mit günstigen Steuern zu bevorteilen, sollte der Staat die Einhaltung der Menschenrechte und von ökologischer Standards, überall dort wo diese Konzerne tätig sind, einfordern. Frauen und Kinder leiden am meisten an Hunger und Ungerechtigkeit. In dem wir unsere Importe an unseren ökologischen und sozialen Standards messen, haben wir einen Hebel in der Hand, zumindest bei den Lebensmitteln das Vorsorgeprinzip walten zu lassen.

Im Weltagrарbericht können wir lesen: “Hunger ist in erster Linie ein ländliches Problem und kann nur lokal erfolgreich überwunden werden.” (“Hunger is primarily a rural problem and can effectively only be overcome locally.”) Und deshalb erklären wir: Die Industrialisierung in der Landwirtschaft verschärft den Graben zwischen „der armen und der reichen Welt“ und ist deshalb das Problem und nicht die Lösung!

Wir wollen, dass die Initiative für Ernährungssouveränität die Debatte über Ernährung und Landwirtschaft in der Schweiz öffnet und neu belebt.

Wenn wir hier über die Wichtigkeit von lokalen Strukturen, über soziale Bedingungen und über das Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft, diskutieren, können wir eine Vorreiterrolle übernehmen, für einen anderen Zugang zur Natur, zum Boden, den Menschen und den Tieren – für eine Ernährungspolitik, die den Menschen und nicht den Markt ins Zentrum stellt.

Unsere KollegInnen von La Via Campesina verfolgen aufmerksam, was bei uns geschieht und beneiden uns, um unser Recht über das Thema abstimmen zu können. Sie finden die Stellungnahme dazu im Pressedossier.

Vielen Frauen aus unterschiedlichsten Berufen und aus der ganzen Schweiz haben sich unseren Forderungen angeschlossen. Diese Frauen wollen nicht so tun, als könnten wir weitermachen wie bisher. Denn weiter wie bisher – ist keine Option !

Quellen:

<https://www.weltagrарbericht.de/>

<https://www.weltagrарbericht.de/themen-des-weltagrарberichts.html>

<https://www.agrarbericht.ch/de>

<http://souverainetealimentaire.org/>